



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 - 2019

---

*Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*

---

**2014/2237(INI)**

22.4.2015

# **ENTWURF EINES BERICHTS**

über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf  
Kinderarmut  
(2014/2237(INI))

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Berichterstatterin: Inês Cristina Zuber

PR\_INI

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	3
BEGRÜNDUNG .....	9

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

### über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (2014/2237(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes, das am 20. November 1989 in New York gebilligt wurde,
- unter Hinweis auf die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die am 13. Dezember 2006 in New York gebilligt wurde,
- gestützt auf Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union,
- gestützt auf Artikel 24 der Grundrechtecharta,
- unter Hinweis auf die überarbeitete Europäische Sozialcharta,
- unter Hinweis auf die Empfehlung der Kommission vom 20. Februar 2013 mit dem Titel „Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ (C(2013)778),
- unter Hinweis auf den Bericht der Kommission über Beschäftigung und soziale Entwicklungen in Europa 2012 („Employment and social developments in Europe 2012“),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 15. Februar 2011 mit dem Titel „Eine EU-Agenda für die Rechte des Kindes“ (COM(2011)0060),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 16. Dezember 2010 mit dem Titel „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt“ (COM(2010)0758),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 4. Juli 2006 mit dem Titel „Im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie“ (COM(2006)0367) und seine diesbezügliche Entschließung vom 16. Januar 2008<sup>1</sup>,
- unter Hinweis auf den Bericht von Eurofound mit dem Titel „Dritte Europäische Erhebung zur Lebensqualität – Lebensqualität in Europa: Auswirkungen der Krise“,
- unter Hinweis auf den Bericht von Eurofound aus dem Jahr 2013 mit dem Titel „Dritte Europäische Erhebung zur Lebensqualität – Lebensqualität in Europa: Soziale Ungleichheit“,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 27. November 2014 zum 25. Jahrestag des

---

<sup>1</sup> ABl. C 41 E vom 19.2.2009, S. 24.

Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes<sup>1</sup>,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Juli 2013 zu den Auswirkungen der Krise auf den Zugang von schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen zu Leistungen der Fürsorge<sup>2</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. November 2011 zu der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung<sup>3</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 8. März 2011 zur Frauenarmut in der Europäischen Union<sup>4</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa<sup>5</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und zur Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU<sup>6</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Januar 2008: Im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie<sup>7</sup>,
- unter Hinweis auf den Bericht von Save the Children mit dem Titel „Child poverty and social exclusion in Europe“ (Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa), Brüssel 2014, S. 5,
- unter Hinweis auf den Bericht des UNICEF-Forschungsinstituts aus dem Jahr 2014 mit dem Titel „Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries“ (Kinder der Rezession: Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das kindliche Wohlbefinden in Industrieländern),
- unter Hinweis auf den Bericht von EAPN und EUROCHILD (2013) mit dem Titel „Towards children's wellbeing in Europe – explainer on child poverty in the EU“ (Auf dem Weg zum Wohlbefinden von Kindern in Europa - Explainer zu Kinderarmut in der EU),
- unter Hinweis auf den Bericht des UNICEF-Forschungsinstituts Innocenti aus dem Jahr 2012 mit dem Titel „Measuring child poverty: New league tables of child poverty in the world's rich countries“ (Kinderarmut messen: Neue Tabellen zu Kinderarmut in den Industriestaaten),
- unter Hinweis auf den abschließenden wissenschaftlichen Bericht von DRIVERS:

---

<sup>1</sup> Angenommene Texte, P8\_TA(2014)0070.

<sup>2</sup> Angenommene Texte, P7\_TA(2013)0328.

<sup>3</sup> ABl. C 153 E vom 31.5.2013, S. 57.

<sup>4</sup> ABl. C 199 E vom 7.7.2012, S. 77.

<sup>5</sup> ABl. C 70 E vom 8.3.2012, S. 8.

<sup>6</sup> ABl. C 9 E vom 15.1.2010, S. 11.

<sup>7</sup> ABl. C 41 E vom 19.2.2009, S. 24.

Social Inequalities in early childhood health and development: a European-wide systematic review (Soziale Ungleichheit und frühkindliche Gesundheit und Entwicklung: ein europaweiter systematischer Überblick), London, September 2014,

- unter Hinweis auf die EU-Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2013,
  - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 30. September 2009 mit dem Titel „Arbeit und Armut: die Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes“,
  - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 14. Juli 2010 zu „Kinderarmut und Wohl des Kindes“,
  - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 10. Dezember 2013 zum Thema „Europäisches Mindesteinkommen und Armutsindikatoren“,
  - gestützt auf Artikel 52 seiner Geschäftsordnung,
  - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (A8-0000/2015),
- A. in der Erwägung, dass die Zunahme der sozialen Ungleichheiten die Zunahme von Kinderarmut begünstigt – der Altersgruppe, die in den 19 Mitgliedstaaten der EU am stärksten von Armut betroffen ist –, da die sozialen Ungleichheiten zu Nachteilen über die Generationengrenzen hinweg führt, und dass die Daten zeigen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in der EU auseinandergegangen ist, auch in Ländern mit höherem BIP;
- B. in der Erwägung, dass die Zerstörung der Einkommen einen signifikanten Einfluss auf die Reduktion der Zyklen der sozialen Ungleichheit hat;
- C. in der Erwägung, dass sich zwischen 2008 und 2012 die Anzahl der Kinder, die in Europa von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind (EU-27 + Norwegen, Island und Schweiz) um knapp eine Million erhöht hat, mit einem Anstieg von einer halben Million allein zwischen 2011 und 2012<sup>1</sup>, und dass laut Eurostat-Daten aus 2013 26,5 Millionen Kinder in UE28 von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind; in der Erwägung, dass in der EU-27 die Gefahr von Armut oder sozialer Ausgrenzung zwischen 2008 und 2012 von 26,5 % auf 28 % gestiegen ist; in der Erwägung, dass in den Mitgliedstaaten der EU-28 im Jahr 2013 28 % der Gesamtbevölkerung unter 18 Jahren von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht gewesen ist;
- D. in der Erwägung, dass es dramatisch ist, dass sich in Ländern wie Estland, Griechenland oder Italien seit 2008 der Anteil der Kinder, nicht an zwei aufeinanderfolgenden Tagen Fleisch, Geflügel oder Fisch essen können, verdoppelt hat;

---

<sup>1</sup> Save the Children, „Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa“, Brüssel, 2014, Seite 5

- E. in der Erwägung, dass die Organisationen darauf hinweisen, dass die Hauptursache für den Anstieg der Kinderarmut die sogenannten Spaßmaßnahmen sind (deutliche Reduzierung der sozialen Unterstützung für Kinder und Familien, steigende Arbeitslosigkeit und Ausdehnung der losen Arbeitsverträge, erhöhte Steuerbelastung), und die Unicef darauf hinweist, dass die Haushaltskürzungen, insbesondere in den Mittelmeerländern, die Ungleichheit fördert und dazu beigetragen, die Lebensbedingungen der Kinder zu verschlechtern<sup>1</sup> und dass daher diese Politik gegen die Rechte der Kinder verstößt und eine Verletzung der internationalen Verpflichtungen, die sich aus der Unterzeichnung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ergeben, darstellt;
- F. in der Erwägung, dass Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil, vor allem Familien mit einem weiblichen alleinerziehenden Elternteil, einem größeren Risiko ausgesetzt sind, von Armut oder sozialer Ausgrenzung (49,8 % gegenüber 25,2 %) betroffen zu werden, was auf die Feminisierung der Armut und Diskriminierung bei den Löhnen zwischen Männern und Frauen zurückzuführen ist;
- G. in der Erwägung, dass die Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Kinder ein Leben lang anhalten und sich in künftigen Generationen fortsetzt; in der Erwägung, dass die Bildungslücke zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozioökonomischen Schichten zugenommen hat (in 11 Ländern erreichen die Einrichtungen für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren noch nicht einmal 15 % Abdeckung);
- H. in der Erwägung, dass Aufwendungen für Ausgaben für die Bildung, insbesondere im Bereich der Schulmaterialien und des Transports der Schüler, in den meisten Ländern insbesondere von den Familien getragen werden;
- I. in der Erwägung, dass es selbst in Ländern, in denen das Recht auf Gesundheit gesetzlich verankert ist, viele Kinder gibt, die keinen Zugang zu Behandlungen beim Hausarzt und beim Zahnarzt haben;
- J. in der Erwägung, dass alle Kinder das Recht haben, gegen Missbrauch, Gewalt und Misshandlung durch Vernachlässigung geschützt zu werden, und dass Untersuchungen ergaben, dass die finanziellen Belastungen in der Familie und die Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen, Kinder einem größeren Risiko aussetzen und dass die sogenannten Sparmaßnahmen zu mehr Gewalt gegen Kinder führen;
- K. in der Erwägung, dass von Armut bedrohte Familien eher in Gegenden mit schlechten hygienischen und unsicheren Bedingungen leben, und dass 17 % der Kinder der EU-28 noch immer in diesen Bedingungen leben, wobei 15 der Länder über diesem Durchschnittswert liegen<sup>2</sup>; in der Erwägung, dass die zunehmende Zahl von Zwangsräumungen wegen der Unfähigkeit, die Miete für ein Zuhause zu bezahlen, dazu geführt hat, dass zahlreiche Kinder in Notunterkünften leben;

---

<sup>1</sup> UNICEF Office of Research (2014), 'Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries', Innocenti Report Card 12, UNICEF Office of Research, Florenz

<sup>2</sup> EU-SILC (2013) EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen

## Empfehlungen

1. fordert die Mitgliedstaaten auf, dass sie die Menge, die Beträge, den Umfang und die Wirksamkeit der sozialen Unterstützung speziell für Kinder, aber auch für die Eltern erhöhen (zum Beispiel Arbeitslosengeld) und dass Arbeitsgesetze gefördert werden, die die sozialen Rechte und die Sicherheit der Familien gewährleisten und die losen Arbeitsverhältnisse bekämpfen;
2. empfiehlt den Mitgliedstaaten, dass sie die allgemeine soziale Unterstützung für Kinder als unveräußerliches Recht der Kinder aufnehmen oder stärken;
3. fordert die Kommission auf, von der Empfehlung für Neuformulierungen und Kürzungen in der öffentlichen Verwaltung der Mitgliedstaaten sowie von der Förderung der Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen abzusehen, die zu einer eindeutigen Schwächung der sozialen Rechte der Kinder geführt haben;
4. fordert die Mitgliedstaaten zur Umsetzung und Überwachung der Pläne zur Verringerung der Kinderarmut auf, indem sie den Fokus auf die unveräußerlichen Rechte der Kinder lenkt und Ziele für die Verringerung der Armut und der sozialen Ausgrenzung von Kindern festlegt;
5. fordert die Kommission und das Parlament auf, die Gelegenheit der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens dazu zu nutzen, die Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Nahrungsmittelhilfeprogramms für bedürftige Bevölkerungsgruppen zu erhöhen, um sicherzustellen, dass Kinder bei der Planung und bei der Umsetzung der Regional- und Kohäsionspolitik Vorrang haben;
6. empfiehlt den Mitgliedstaaten, sichtbare und transparente Vorschriften für die Ausgaben zur Bekämpfung der Kinderarmut und die Verpflichtung zum Schutz der Kinder in ihre nationalen Haushalte aufzunehmen;
7. appelliert an die Mitgliedstaaten, Gesetze zum Schutz oder zur Erweiterung der mit Mutterschaft und Vaterschaft verbundenen Rechte zu schaffen;
8. empfiehlt den Mitgliedstaaten, präventive sozialpolitische Maßnahmen zu entwickeln, um die Armut und das Verlassen des familiären Umfelds durch die Kinder zu verhindern und sicherzustellen, dass Institutionalisierungen von Kindern nicht aufgrund von Armut erfolgen;
9. empfiehlt den Mitgliedstaaten, zu gewährleisten, dass alle Kinder in allen Altersgruppen kostenlosen Zugang zur öffentlichen, qualitativ hochwertigen Bildung haben, einschließlich der frühkindlichen Erziehung, um so geeignete Verhältnisse zwischen Erziehern und Kindern zu schaffen;
10. empfiehlt den Mitgliedstaaten, während der Schulpflicht Schulmaterialien und Schulbusse kostenlos bereitzustellen;
11. fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, die universelle, öffentliche, kostenlose und

qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung im Hinblick auf Prävention und Grundversorgung, den Zugang zu Diagnosen, Behandlungen und Rehabilitation, das Recht der Frauen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, die Gesundheitsversorgung für Kleinkinder, die prä- und postnatale mütterliche Unterstützung, insbesondere bei Frühgeburten sowie den Zugang zu Hausärzten, Zahnärzten und psychischer Betreuung für alle Kinder sicherzustellen, indem diese Aspekte in die auf EU-Ebene und nationaler Ebene bestehenden Strategien für die öffentliche Gesundheit integriert werden;

12. empfiehlt den Mitgliedstaaten, dass sie die notwendige Unterstützung geben, um das Recht auf Kultur, Sport und Freizeit für alle Kinder, insbesondere für Kinder in Armut und Kinder in abgelegenen Gebieten, zu gewährleisten, mit besonderem Augenmerk auf Kinder mit Behinderungen und Kinder mit Migrationshintergrund;
13. fordert die Mitgliedstaaten auf, insbesondere jene, bei denen die sozialen Ungleichheiten am größten sind, die sozialen Rechte, die der Staat garantieren muss, zu stärken, indem sie die Zahl der Mitarbeiter und Helfer in den Diensten des Systems der sozialen Sicherung erhöhen und den medizinischen, psychologischen und sozialen Schutz der Jugendlichen verbessern;
14. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, statistische Methoden zu entwickeln, die die multidimensionalen Indikatoren zur Messung von Armut integrieren, und die Grenzen der Messung der relativen Armut sowie die Arbeit, die UNDP, UNICEF und OECD jenseits der Quoten für das Armutsrisiko und die soziale Ausgrenzung (AROE) entwickeln, zu berücksichtigen;
15. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat und der Kommission sowie den Mitgliedstaaten zu übermitteln.

## BEGRÜNDUNG

Nach der UN-Konvention über die Rechte des Kindes muss für alle Kinder das Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnung, Schutz, Teilnahme an Entscheidungen, die sie betreffen, Erholung und Freizeit, eine ausgewogene Ernährung und Empfangen von Pflege im familiären Umfeld sichergestellt werden. Allerdings wird das Übereinkommen in der EU bei Weitem nicht erfüllt.

In Wahrheit weisen alle Berichte auf eine Erhöhung der Kinderarmut in Europa hin. Zwischen 2008 und 2012 hat sich die Zahl der Kinder, die in Europa von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind (EU-27 + Norwegen, Island und Schweiz) um knapp eine Million erhöht, mit einem Anstieg von einer halben Million allein zwischen 2011 und 2012<sup>1</sup>; in der EU-27 stieg die Bedrohung von Armut oder sozialer Ausgrenzung zwischen 2008 und 2012 von 26,5 % auf 28 % (20,8 % der Kinder lebten in Familien mit einem verfügbaren Einkommen, das 60 % unter dem nationalen verfügbaren Median lag, 9 % lebten in Familien mit einer sehr niedrigen Arbeitsintensität und 11,8 % in Haushalten mit materiellen Entbehrungen); im Jahr 2013 waren in der EU-28 nach Eurostat-Daten von 2013 26,5 Millionen Kinder von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Bei einer Betrachtung der UNICEF-Daten, in denen die Eurostat-Daten mit den OECD-Daten kombiniert sind, ist festzustellen, dass zwischen 2008 und 2013 in 30 europäischen Ländern mehr als 1,6 Millionen Kinder in Situationen der schweren materiellen Deprivation lebten<sup>2</sup>. Es ist dramatisch, dass der Anteil der langfristig in absoluter Armut lebenden Kinder (über 3 Jahre) zunimmt, und dass sich seit 2008 in Ländern wie Estland, Griechenland und Italien die Anzahl der Kinder verdoppelt hat, die nicht an zwei aufeinanderfolgenden Tagen Fleisch, Geflügel oder Fisch essen können.

Die Kinderarmut wächst mit der Zunahme der sozialen Ungleichheiten und es ist bekannt, dass in Ländern mit einer höheren sozialen Ungleichheit tendenziell auch eher ein hohes Maß an Armut und sozialer Ausgrenzung der Kinder herrscht. Die „Armutslücke“, die den Abstand zwischen der Armutsgrenze und dem Einkommen derjenigen misst, die unter dieser Grenze leben, hat zugenommen, was zeigt, dass die Armut stärker ist. In der EU-27 hat sich seit 2008 der Anteil der Kinder mit Eltern mit niedrigem Bildungsgrad von 55,3 % auf 61 % erhöht und stieg um 0,5 % bei Kinder mit Eltern mit höherem Bildungsniveau<sup>3</sup>. Es ist auch bekannt, dass die Kinder, die in der EU in wirtschaftlich benachteiligten Vierteln oder Regionen wohnen, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau und Beschäftigungsverhältnis haben oder deren Eltern Einwanderer sind, eher einen begrenzten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung haben, ein Trend, der sich seit 2008 verstärkt hat, und dass alleinerziehende Eltern, vor allem weibliche Alleinerziehende, am stärksten von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind (49,8 % gegenüber 25,2 %), was sich noch verschlechtert, wenn der Elternteil arbeitslos ist.

Die sozialen Ungleichheiten werden über die Generationsgrenzen hinweg weitergegeben und

---

<sup>1</sup> Save the Children, „Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa“, Brüssel, 2014, Seite 5

<sup>2</sup> UNICEF Office of Research (2014), 'Children of the Recession: „The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries“, Innocenti Report Card 12, UNICEF Office of Research, Florenz, Seite 3

<sup>3</sup> Save the Children, „Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa“, Brüssel, 2014, Seite 18

die negativen Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Kinder kann ein Leben lang andauern, denn schon früh im Leben bilden sich die kognitive und sozioökonomische Fähigkeiten, was bedeutet, dass die heute getroffenen negativen politischen Maßnahmen irreversible negative Auswirkungen auf das Leben dieser Menschen und auf die Gesellschaften haben werden.

Die Faktoren mit dem größten Einfluss auf die Kinderarmut sind die Umverteilungspolitik und die Arbeitsmarktpolitik<sup>1</sup>, einschließlich der Ebenen der Gehälter und der Sozialrechte. In vielen Ländern jedoch haben die Regierungen unter Einhaltung der Richtlinien der EU-Institutionen die soziale Unterstützung für Kinder und Familien reduziert. So bekamen beispielsweise in Portugal zwischen 2010 und 2013, zeitgleich mit der Laufzeit des Troika-Programms, fast eine Million Kinder keine Familienbeihilfe mehr und zwischen 2010 und 2012 verloren insgesamt 46 342 Familien ihr Anrecht auf Zulagen. Es ist kein Zufall, dass die Länder, in denen wenige Kinder in Armut leben (die nordischen Länder, Österreich, Slowenien und die Niederlande) diejenigen sind, die ein höheres Niveau der Sozialpolitik in Bezug auf den Zugang zu Wohnraum, Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit, die Unterstützung für die frühe Kindheit und Zugang zur Bildung haben, und in den Ländern, die weniger in diese Maßnahmen investieren – wie Griechenland, Italien, Portugal, Polen und Spanien – die Anzahl der von Armut betroffenen Kinder höher ist.<sup>2</sup>

Es besteht ein Konsens zwischen den verschiedenen Organisationen, dass die Hauptursache für den Anstieg der Kinderarmut die sogenannten Sparmaßnahmen sind (deutliche Reduzierung der sozialen Unterstützung für Kinder und Familien, steigende Arbeitslosigkeit und Ausdehnung der losen Arbeitsverträge, erhöhte Steuerbelastung etc.). Die Unicef weist zudem darauf hin, dass die Haushaltskürzungen, insbesondere in den Mittelmeerländern, die Ungleichheiten fördern und dazu beigetragen haben, die Lebensbedingungen der Kinder zu verschlechtern; somit verstoßen diese politischen Maßnahmen eindeutig gegen die Rechte der Kinder und es entsteht eine Verletzung der internationalen Verpflichtungen zur Einhaltung des Übereinkommens über Kinderrechte und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Armut ist mehrdimensional und besteht nicht nur aus der mangelnden Deckung der Grundbedürfnisse von Kindern wie Nahrung, Kleidung und Wohnraum, sondern auch aus dem fehlenden Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungschancen und Gesundheitsdienstleistungen und der mangelnden Möglichkeiten, an sportlichen Aktivitäten oder an kulturellen und anderen Freizeitaktivitäten teilzunehmen. Auf der anderen Seite stehen die Entbehrungen, die die Kinder zu spüren bekommen, in direktem Zusammenhang mit der sozialen Situation der Familien. Will man also die Probleme der Kinder lösen, so muss man vor allem die Probleme der Familien lösen.

Wir halten es für grundlegend, dass die Mitgliedstaaten die Menge, die Beträge, den Umfang und die Wirksamkeit der sozialen Unterstützung speziell für Kinder, aber auch für die Eltern, erhöhen (zum Beispiel Arbeitslosengeld oder die Erhöhung des Mutterschafts- und

---

<sup>1</sup> Save the Children, „Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa“, Brüssel, 2014, Seite 5

<sup>2</sup> Save the Children, „Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Europa“, Brüssel, 2014, Seite 12 (basierend auf der Studie der Kommission „Thematic study on policy measures concerning child poverty“, 2008 und des Ausschusses für Sozialschutz „Tackling and Preventing Child Poverty“, 2012)

Vaterschaftsgeldes) und dass Arbeitsgesetze gefördert werden, die die sozialen Rechte und die Sicherheit der Familien gewährleisten sowie die losen Arbeitsverhältnisse, die illegale Beschäftigung und die Ausbeutung von Arbeitskräften bekämpfen, indem die universellen, sozialen Unterstützungsleistungen für Kinder als ein dem Kind eigenes Recht festgeschrieben oder gestärkt werden. Es ist wichtig, dass die Kommission im Einklang mit den Empfehlungen handelt, die sie selbst am 20. Februar 2013<sup>1</sup> verabschiedet hat, und auf die Empfehlung der Neuformulierung und Kürzungen im öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten verzichtet und stattdessen eine solidarischere Politik der Erhöhung und Umverteilung von EU-Mitteln vorschlägt. Daher ist es zwingend notwendig, auch die wirtschaftspolitische Steuerung und den Haushaltsvertrag aufzuheben. Es ist auch wichtig, dass die Mitgliedstaaten- und die Kommission in Betracht ziehen, Kinder als Priorität in der Planung und bei der Umsetzung der Regional- und Kohäsionspolitik anzusehen, und den Europäischen Sozialfonds für Maßnahmen zur Verringerung der Kinderarmut zu nutzen sowie Leistungsziele und konkrete Ziele festzulegen, die einer regelmäßigen Überwachung unterliegen. Wir empfehlen den Mitgliedstaaten außerdem, in ihren nationalen Haushalten sichtbare und transparente Posten für die Kosten zur Bekämpfung der Kinderarmut vorzusehen und ihre Verpflichtung zum Schutz der Kinder einzuhalten, indem sie die Pläne gegen Kinderarmut umsetzen und überwachen, ihren Schwerpunkt auf die ureigenen Rechte der Kinder legen und Zielvorgaben für die Verringerung der Armut und der sozialen Ausgrenzung von Kindern festlegen.

Die Gelegenheit der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens muss dazu genutzt werden, die Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Nahrungsmittelhilfeprogramms für bedürftige Bevölkerungsgruppen zu erhöhen, indem Beträge in die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung umgeleitet werden, die zuvor beispielweise für die externe Sicherheitspolitik vorgesehen waren. Es ist auch wichtig, dass die Kommission das europäische Mindesteinkommen in die Praxis umsetzt, wie es vom EP in seiner Entschließung von 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039 (INI)) angenommen wurde.

Die ersten Jahren, noch vor Beginn der Schulpflicht, sind entscheidend für die Entwicklung von Kindern, da sie in diesen Jahren ihre Grundfertigkeiten entwickeln; der Zugang zu einer hochwertigen Bildung hat wichtige Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl, die Fähigkeit zur Teilnahme am sozialen Leben und auf die qualitativ hochwertige Gesundheitsvorsorge. Allerdings liegt das Bildungsangebot für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren in der EU bei 30 %<sup>2</sup> und in 11 Ländern (Rumänien, Polen, Slowakei, Tschechien, Bulgarien, Litauen, Ungarn, Malta, Österreich, Kroatien und Lettland) liegt die Abdeckung nicht einmal bei 15 %, wobei Kinder aus den ärmsten Familien die geringsten Möglichkeiten für den Zugang zu einer Kinderbetreuung haben.<sup>3</sup> Auf der anderen Seite lag die Quote der Schulabbrecher in der EU im Jahr 2012 bei durchschnittlich 13 %, wobei es Länder gibt, in denen diese Rate über 20 % liegt (Portugal, Spanien und Malta)<sup>4</sup>. Wir empfehlen daher den Mitgliedstaaten, zu gewährleisten, dass alle Kinder in allen Altersgruppen kostenlosen Zugang zur öffentlichen,

---

<sup>1</sup> „Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“  
[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&language=EN&reference=P8-TA-2014-0070 - def\\_1\\_3](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&language=EN&reference=P8-TA-2014-0070-def_1_3) (C(2013)778), 2013

<sup>2</sup> EU-SILC (2013) EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen

<sup>3</sup> Ausschuss für Sozialschutz (2012), Tackling and Preventing Child Poverty

<sup>4</sup> EU-SILC (2013) EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen

qualitativ hochwertigen Bildung haben, einschließlich der frühkindlichen Erziehung, um so geeignete Verhältnisse zwischen Erziehern und Kindern zu schaffen. Zudem empfehlen wir den Mitgliedstaaten, während der Schulpflicht Schulmaterialien und Schulbusse kostenlos bereitzustellen.

Kinder, die in Armut geboren werden, haben ein erhöhtes Risiko für chronische Krankheiten und haben mehr gesundheitliche Probleme. Selbst in Ländern, in denen das Recht auf Gesundheitsvorsorge gesetzlich verankert ist, gibt es zahlreiche Kinder, die keinen Zugang zu Behandlungen beim Hausarzt und beim Zahnarzt haben, was sich insbesondere aus dem Mangel an verfügbaren öffentlichen Diensten oder Medikamenten (aufgrund ihrer hohen Preise) ergibt. Die Säuglingssterblichkeit in Familien aus den unteren sozioökonomischen Schichten ist ebenfalls deutlich höher.

Auf der anderen Seite haben die wirtschaftlichen Probleme der Familien Auswirkung auf die Vermehrung von psychischen Problemen der Eltern und die Entstehung von Störungen in der Familie, die einen unbestreitbaren Einfluss auf das psychosoziale Wohlbefinden der Kinder haben.

Es ist beschämend, dass in Ländern wie Portugal mehr Mittel für die Zahlung von Zinsen auf die Staatsverschuldung verwendet werden als für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir ermutigen die Mitgliedstaaten, die universelle, öffentliche, kostenlose und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung im Hinblick auf Prävention und Grundversorgung, den Zugang zu Diagnosen, Behandlungen und Rehabilitation, das Recht der Frauen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, die Gesundheitsversorgung für Kleinkinder, die prä- und postnatale mütterliche Unterstützung, insbesondere bei Frühgeburten sowie den Zugang zu Hausärzten, Zahnärzten und psychischer Betreuung für alle Kinder sicherzustellen, indem diese Aspekte in die auf EU-Ebene und nationaler Ebene bestehenden Strategien für die öffentliche Gesundheit integriert werden;

Es sei darauf hingewiesen, dass 11 % der Kinder in Familien leben, die mehr als 40 % des verfügbaren Einkommens für Kosten für Wohnraum aufwenden (in Griechenland sind es 38 % der Kinder) und die jüngsten Berichten des Europäischen Verbands der nationalen Vereinigungen, die mit Obdachlosen arbeiten, darlegen, dass die Obdachlosenunterkünfte zunehmend von Frauen, jungen Menschen und Familien mit Kindern belegt werden, wobei Migrantenkinder überrepräsentiert sind. Wir appellieren an die Mitgliedstaaten, die Möglichkeit der Belastung der Wohnhäuser mit Hypotheken und deren Vollstreckung zu beseitigen, wenn die Familien nicht genug Einkommen haben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten oder Prozesskosten zur Abwehr der Vollstreckung durch die Steuerbehörden zu tragen.

Wir appellieren an die Mitgliedstaaten, dass sie die notwendige Unterstützung geben, um das Recht auf Kultur, Sport und Freizeit für alle Kinder, insbesondere für Kinder in Armut und Kinder in abgelegenen Gebieten, zu gewährleisten, und das mit besonderem Augenmerk auf Kinder mit Behinderungen und Kinder mit Migrationshintergrund; um Kinder besser vor Missbrauch, Verwahrlosung und Misshandlung zu schützen, ist es wichtig, die sozialen Rechte, die der Staat garantieren muss, zu stärken, und indem sie die Zahl der Mitarbeiter und Helfer in den Diensten der sozialen Sicherung erhöhen und den medizinischen, psychologischen und sozialen Schutz der Jugendlichen verbessern.

